

## KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Paul-Joachim Timm, Fraktion der AfD

Entwicklung studentischen Wohnraums in Mecklenburg-Vorpommern  
und

## ANTWORT

der Landesregierung

1. Wie viele staatlich geförderte Wohnplätze für Studenten gab es in Mecklenburg-Vorpommern jeweils in den Jahren 2017 bis 2021 (bitte differenzieren nach Hochschulstandorten, Wohnplätzen der Studierendenwerke und von privaten Anbietern)?

Die staatlich geförderten Wohnheimplätze für Studierende in Mecklenburg-Vorpommern sind in nachfolgender Tabelle für die einzelnen Jahre dargestellt (Angaben in Fettdruck). Die Gesamtzahl der Wohnheimplätze der Studierendenwerke (StW) sind in Klammern aufgeführt. Angaben zu privaten Anbietern liegen der Landesregierung nicht vor.

	2017	2018	2019	2020	2021
<b>StW Rostock-Wismar</b>					
Rostock	<b>1 216</b> (1 478)	<b>1 214</b> (1 473)	<b>1 210</b> (1 469)	<b>1 210</b> (1469)	<b>1 211</b> (1 470)
Wismar	<b>581</b> (622)	<b>575</b> (616)	<b>575</b> (616)	<b>575</b> (616)	<b>575</b> (616)
<b>Summe</b>	<b>1 797</b> (2 100)	<b>1 789</b> (2 089)	<b>1 785</b> (2 085)	<b>1 785</b> (2 085)	<b>1 786</b> (2 086)
<b>StW Greifswald</b>					
Greifswald	<b>407</b> (810)	<b>407</b> (810)	<b>407</b> (810)	<b>407</b> (810)	<b>554</b> (957)
Stralsund	<b>274</b> (274)	<b>274</b> (274)	<b>274</b> (274)	<b>274</b> (274)	<b>274</b> (274)
Neubrandenburg	<b>0</b> (401)	<b>0</b> (401)	<b>0</b> (401)	<b>0</b> (401)	<b>0</b> (401)
Summe	<b>681</b> (1 485)	<b>681</b> (1 485)	<b>681</b> (1 485)	<b>681</b> (1 585)	<b>801</b> (1 632)
<b>insgesamt</b>	<b>2 478</b> (3 585)	<b>2 470</b> (3 574)	<b>2 466</b> (3 570)	<b>2 466</b> (3 670)	<b>2 587</b> (3 718)

2. Wie sehen die aktuellen Planungen zum Neubau und zur Sanierung von Wohnplätzen für die Jahre 2022 bis 2027 aus (bitte differenzieren nach Wohnplätzen der Studierendenwerke und von privaten Anbietern sowie Stand der Umsetzung)?

Bei den Studierendenwerken bestehen die nachfolgend aufgeführten Planungen zum Neubau und zur Sanierung von Wohnheimplätzen für 2022 bis 2027. Angaben zu Planungen von privaten Anbietern liegen der Landesregierung nicht vor.

Ort	Vorhaben	Jahr	Anzahl
<b>StW Rostock-Wismar</b>			
Rostock	Neubau von Anbauten an den Bestand des 1. Bauabschnitts in der Max-Planck-Straße 4 und 5 (zwei weitere Bauabschnitte sind geplant und zur Erteilung der Baugenehmigung eingereicht.)	voraussichtlicher Baubeginn 2022	152
Rostock	2. Bauabschnitt in der Max-Planck-Straße 2	voraussichtliche Umsetzung ab 2024	48
Rostock	3. Bauabschnitt in der Max-Planck-Straße 1	voraussichtliche Umsetzung 2025 bis 2026	78
Wismar	Sanierung des Bestandsgebäudes Wohnheim Friedrich-Wolf-Straße 23	Planungsbeginn 2022, Sanierungsbeginn 2023	200
<b>StW Greifswald</b>			
Greifswald	Wohnheim Thälmann-Ring	2022 bis 2023	211
Stralsund	Wohnheim	2022 bis 2023	274
Neubrandenburg	Wohnheim	2022 bis 2023	401
Greifswald	Fleischerwiese	2024 bis 2026	40
Greifswald	Domstraße 20, 20a	2024 bis 2026	75
Greifswald	Sanierung Holzstraße	2024 bis 2026	75

3. Wie unterstützt die Landesregierung die Studierendenwerke und privaten Anbieter beim Ausbau von öffentlich geförderten Wohnplätzen für Studenten (bitte differenzieren nach bisherigen Maßnahmen und nach Maßnahmen, die in den nächsten Jahren ergriffen werden sollen)?

Es wird darauf hingewiesen, dass die Studierendenwerke auch Wohnheimplätze ohne Förderung (mit Eigenmitteln und Kreditfinanzierung) errichten. Private Anbieter wurden bisher nicht vom Land gefördert, da keine entsprechenden Anträge gestellt wurden.

**Bisherige Maßnahmen der Studierendenwerke**

<b>Ort</b>	<b>Vorhaben</b>	<b>Jahr</b>	<b>Plätze</b>	<b>Förderung in Euro</b>	<b>Gesamt- investition in Euro</b>
<b>StW Rostock-Wismar</b>					
Rostock	Sanierung Möllner Straße 11	1995	211	1 600 000	2 100 000
Wismar	Sanierung Bürgermeister- Haupt-Straße 29	1995	133	2 500 000	3 500 000
Rostock	Sanierung St.-Georg-Straße	1996	62	1 400 000	1 900 000
Rostock	Sanierung Erich-Schlesinger-Straße	1997	159	2 850 000	3 950 000
Rostock	Sanierung Albert-Einstein-Straße	1998	250	3 500 000	5 200 000
Rostock	Sanierung St.-Georg-Straße 101	1998	56	0	1 700 000
Rostock	Sanierung Gerhart- Hauptmann-Straße 16	1998	56	0	2 200 000
Rostock	Sanierung Max-Planck-Straße 5	1999	104	100 000	2 200 000
Rostock	Sanierung Max-Planck-Straße 4	2001	104	0	2 050 000
Rostock	Sanierung Max-Planck-Straße 3	2001	109	350 000	2 200 000
Rostock	Sanierung Max-Planck-Straße 2	2002	108	360 000	2 400 000
Rostock	Sanierung Max-Planck-Straße 1	2003	103	200 000	2 700 000
Rostock	Sanierung Ulmenstraße 22	2009	46	0	3 500 000
Wismar	Sanierung Wasserstraße 16/17	2011	24	55 000	650 000
<b>StW Rostock-Wismar</b>					
Wismar	Sanierung Fischerstraße 3 - 4	2011	41	0	2 100 000
Rostock	Sanierung Fr.-Bannewitz-Straße 12	2016	101	0	3 800 000
Rostock	Neubau Ulmenstraße	im Bau	70	1 582 200	6 376 267

Ort	Vorhaben	Jahr	Plätze	Förderung in Euro	Gesamt- investition in Euro
<b>StW Greifswald</b>					
Greifswald	Sanierung, Geschwister-Scholl-Straße	1993	128	3 175 803	3 444 383
Greifswald	Sanierung, Ernst-Thälmann-Ring	1995	211	0	1 650 000
Stralsund	Neubau, Holzhausen	1995	274	6 060 195	8 309 427
Greifswald	Neubau, Fleischerwiese	1997	172	4 467 500	6 106 852
Greifswald	Sanierung, Holtzstraße	1999	75	102 200	290 000
Neubran- denburg	Sanierung, Brodaer Straße	2005	401	0	4 197 000
Greifswald	Sanierung, Hans-Beimler-Straße 9	2006	131	0	3 427 000
Greifswald	Neubau, Fleischerwiese	2010	61	0	2 605 000
Greifswald	Sanierung, Johann- Sebastian-Bach-Straße	2016	32	500 000	2 676 910
Greifswald	Sanierung, Makarenkostraße	2020	147	3 900 000	9 300 000

**Geplante Maßnahmen der Studierendenwerke**

Ort	Vorhaben	Jahr	Plätze	Förderung in Euro	Gesamt- investition in Euro
<b>StW Rostock-Wismar</b>					
Rostock	Max-Planck-Straße, 1. Bauabschnitt	voraussichtlich ab Ende 2023	152	3 766 000	13 211 706

Zudem liegen zwei weitere Förderanträge vor, die den Neubau von Wohnungen mit insgesamt 126 Wohnplätzen vorsehen.

4. Was hat die Landesregierung unternommen, um den von den Studierendenwerken gemeldeten Investitionsbedarf für Sanierungen oder Ersatzneubauten von Wohnanlagen für Studenten abzubauen (bitte differenzieren nach bisherigen Maßnahmen und nach Maßnahmen, die in den nächsten Jahren ergriffen werden sollen)?

In Ziffer 235 des Koalitionsvertrages der letzten Legislaturperiode war vereinbart worden, den Studierendenwerken 7 bis 8 Millionen Euro zum Bau und zur Modernisierung von Wohnheimen zu gewähren.

Diese Vereinbarung wurde umgesetzt, indem zur Vorbereitung und Durchführung der Wohnungsbaumaßnahmen des Studierendenwerkes Greifswald (Makarenkostraße – Förderung in Höhe von 3,9 Millionen Euro) sowie des Studierendenwerkes Rostock-Wismar (Ulmenstraße – Förderung in Höhe von rund 1,6 Millionen Euro und Max-Planck-Straße – Förderung in Höhe von rund 3,8 Millionen Euro) Zuwendungen von insgesamt rund 9,25 Millionen Euro gewährt werden.

Die Landesregierung hat sich auf Bundesebene für mehr Mittel zum Bau von Wohnheimen für Studierende eingesetzt. Neben dem entsprechenden Agieren der Landesregierung in Bund-Länder-Gremien hat sie eine Bundesratsinitiative „Entschließung des Bundesrates zur Einrichtung eines Wohnheimprogramms für Studierende“ gestartet (Drucksache 419/21). Dieser Initiative des Landes sind die Länder Berlin und Thüringen beigetreten. Sie wurde im Plenum des Bundesrates am 28. Mai 2021 behandelt. Hierin hat Frau Ministerin Martin in ihrer Rede für die Aufstellung eines Wohnheimprogramms für Studierende geworben und die anderen Bundesländer um Unterstützung für dieses Anliegen gebeten. Der Landtag hatte mit seinem Beschluss vom 11. Dezember 2020 zur Drucksache 7/5572 die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Auflage eines Förderprogramms für den Erhalt und Ausbau von Studierendenwohnraum einzusetzen.

Die Koalitionspartner auf Bundesebene haben dieses Anliegen aufgenommen und in der Koalitionsvereinbarung auf Seite 88 verankert, dass sie ein Bund-Länder-Programm für studentisches Wohnen, für junges Wohnen und Wohnen für Auszubildende auflegen werden.

Ferner ist in Ziffer 306 der Koalitionsvereinbarung des Landes vereinbart worden, sich weiterhin für zusätzliche Mittel des Bundes für Studierendenwohnheime einzusetzen und dieses Anliegen auch konsequent weiter im Bundesrat zu vertreten. Entsprechend wird die Landesregierung auch in den nächsten Jahren agieren.